

Straßenbeitragserhebung Pro und Kontra

Argument	Steuerfinanzierung	Einmalbeiträge bei Erneuerung (bestehende Satzung)	Wiederkehrende Straßenbeiträge (neue Satzung)	Kommentar
bürokratischer Aufwand	nicht vorhanden	gering	wiederkehrend hoch (ca. 1 Stelle - mindestens 40 TEUR jährlich)	
Anwohner von Durchgangsstraßen zahlen auch	ja, gemäß ihrem Grundsteueraufkommen	nein, nur anteilig an Gehwegen	ja, gemäß ihrer Grundstücksgröße und der möglichen GFZ	Belastung der unattraktiven Innerörtlichen Lagen, Flächenverzehr wird begünstigt.
Anwohner in Wohngebieten werden entlastet	nein	nein	ja, der Gemeindeanteil bei ihnen erhöht sich, so dass sie langfristig entlastet werden könnten	s. o.
Baulücken werden auch belastet	nein, da nur bebaute Grundstücke in der Grundsteuer B erfasst werden	ja, bei aktuellem Ausbau	ja, regelmäßig	eineutiges Pro der wiederkehrenden Strabs
Planungssicherheit durch niedrige regelmäßige Beiträge	ja,	Beiträge können auf zwanzig Jahre gestreckt werden	nein, sind zwar niedrig, können aber je nach Ausbau im Ortsteil zeitlich schwanken	
demokratische Kontrolle der Ausgaben	über die Haushaltsberatung gegeben	über Anwohnerversammlungen sind diese zumindest involviert	fraglich - reines Verwaltungshandeln? was am Ende abgerechnet wird, ist nur den Betroffenen bekannt.	auch wenn Straßenbau nur ein geringer Teil der Haushaltsberatungen ist, kann er da öffentlich gemacht werden.
grundhafte Sanierung ist für Gemeinde günstiger als	nein, da Steuern nicht zweckgebunden sind und	ja, da die Anwohner immer mitfinanzieren	ja, da die Anwohner in jedem Fall mehr als zwei Drittel der	

Erhalt	damit andere Aufgaben erfüllt werden können		Kosten bei grundhafter Sanierung zahlen.	
Rentabilität von Reparaturen	voll gegeben, da immer die Kosten für Reparaturen vollumfänglich in die Überlegungen einfließen müssen	grundhafte Sanierungen sind für die Gemeindekasse relativ kostengünstiger, da nur der jeweilige Gemeindeanteil in die Abschreibung einfließt (i.d.R 30 Jahre)	auch hier ist bei grundhafter Sanierung nur der Gemeindeanteil von ca. 30 % in der Kostenkalkulation enthalten. Daher ist zu erwarten, dass mehr saniert wird und weniger repariert.	
Verschonung von Kirchen und kommunalen Einrichtungen	ja, da Kirchen keine Grundsteuer B zahlen	nein, als Anlieger werden sie immer herangezogen	nein, als Anlieger werden sie immer herangezogen	
Gleichbehandlung der Bürger	ja	Jein, irgendwann trifft es vom Prinzip zwar jeden, aber erst auf sehr lange Zeit hin egalisiert sich die Ungerechtigkeit des Zufalls, welche Straße eben gerade gemacht werden muss.	nein. Wiederkehrende Strabs werden Stadtteilbezogen abgerechnet. Das kommt dazu, dass z.B. Hausener mit weniger Verkehrsbelastung auch weniger Erneuerung zahlen müssen, wohingegen die Anwohner Watzenborn-Steinbergs mit mehr Verkehrsbelastung und "Schleichverkehren" stärker belastet werden.	Hier zeigt sich die besondere Ungerechtigkeit der WKB!
Gleichbehandlung der Gewerbetreibenden	ja	s.o.	Nein. Nur das Gewerbegebiet in Garbenteich wird separat abgerechnet. Damit sind alle anderen Gewerbetreibenden in dem Nachteil, dass sie jährlich zahlen müssen.	Es werden nicht nur Wettbewerbsverzerrungen erzeugt, auch das Gewerbesteueraufkommen sinkt in einigen Ortsteilen, da Strabs als Betriebskosten anfallen.
Teurer für den Bürger	bei Finanzierung über Steuereinnahmen kann in der	als zweckgebundene Einnahme dienen die	als zweckgebundene Einnahme dienen die	Hier werden alle Gemeinden im Solidaritätsprinzip gleich

	Tat die Gemeinde nicht über das ganze Geld verfügen, da ein Teil an den Kreis abgeführt werden muss.	Beiträge dem Straßenbau, der Planung und ihrer Verwaltung	Beiträge dem Straßenbau, der Planung und ihrer Verwaltung. Da hier die Verwaltung am aufwändigsten ist, ist hier auch für unproduktive Tätigkeiten - nämlich Verwaltung der Strabs - entsprechend zu zahlen.	behandelt. Es ist okay, wenn auch in Pohlheim die Grundsteuern auf den Kreisdurchschnitt angehoben werden und damit die Beteiligung an Gemeinschaftsaufgaben steigt.
Das "Kirchturmdenken" wird durch die Abrechnungsgebiete gefördert.	Nein, es gibt keine Abrechnungsgebiete	Nein, alle Pohlheimer werden gleich (unzumutbar) behandelt	Ja, die Abrechnungsgebiete spiegeln die Ortsteile wieder. Zu allem Überfluss sind die Gemeindeanteile unterschiedlich.	Wiederkehrende Straßenbeiträge fördern nicht das Zusammenwachsen Pohlheims. Sid in diesem Punkt also kontraproduktiv.
Sichert Liquidität für die Kommune	Ja, Steuern werden regelmäßig erhoben	Eher nein, da viele von der Möglichkeit der Ratenzahlung Gebrauch machen werden	Ja	